

Niederschrift
über die 7. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des
Beirats für Inklusion und Menschenrechte
am 09.02.2023 in Köln, Horion-Haus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Ausschuss:

CDU

Dornseifer, Falk
Kretschmer, Gabriele
Lünenschloss, Caroline
Mucha, Constanze
Norkowsky, Arnold
Dr. Leonards-Schippers, Christiane für Dr. Schlieben, Nils Helge
Solf, Michael-Ezzo
Wörmann, Josef Ausschussvorsitzender

SPD

Bausch, Manfred
Daun, Dorothee
Spinrath, Norbert
Stergiopoulos, Ioannis
Ullrich, Birgit

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Manske, Marion für Herlitzius, Bettina
Schmitt-Promny M.A., Karin Beiratsvorsitzende
Spicale, Simone
Tuschen, Johannes
Warnecke, Uwe Marold

FDP

Clemens, Miriam
Steffen, Alexander

AfD

Frambach, Heribert

Die Linke.

Reuschel-Schwitalla, Klaus

Die FRAKTION

von Kruedener, Aaron

für Winkel, Petra

Gruppe FREIE WÄHLER

Dipl.-Ing. Hagenbruch, Detlef

Anwesend vom Beirat:

Ausschuss (Fraktionen siehe oben)

Wörmann, Josef
Solf, Michael-Ezzo
Daun, Dorothee
Schmitt-Promny, Karin
Spicale, Simone
Clemens, Miriam
Frambach, Heribert
Reuschel-Schwitalla, Klaus
von Kruedener, Aaron

Landesbehindertenrat NRW

Franke, Milena
Gabor, Peter
Gottschalk, Berthold
Grimbach-Schmalfuß, Uta
Heiser, Sandra
Lindheimer, Martin
Seipelt-Holtmann, Claudia

Landesverband NRW der Angehörigen psychisch Kranker e.V.

Schubert, Wiebke

Verwaltung:

Lubek, Ulrike
von Berg, Gabriele
Dr. Pavetic, Monika

Dr. Schneider, Stephanie

Woltmann, Bernd
Wierum, Melanie

LVR-Direktorin
LVR-Dezernat Soziales
LVR-Dezernat Digitalisierung, IT-Steuerung,
Mobilität und technische Innovation
LVR-Dezernat Digitalisierung, IT-Steuerung,
Mobilität und technische Innovation
LVR-Stabsstellenleitung 00.300
LVR-Stabsstelle 00.300 (Protokoll)

Gäste:

Trapp, Ullrich
Salviz, Derya

LVR-Gesamtpersonalrat
LVR-Gesamtschwerbehindertenvertretung

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 6. gemeinsame Sitzung vom Ausschuss für Inklusion und vom Beirat für Inklusion und Menschenrechte am 01.12.2022
3. Forschungsprojekt zur Entwicklung einer automatisierten Gebärdensprachübersetzung für den LVR-Beratungskompass **15/1469 K**
4. Fortführung und Weiterentwicklung der „Peer-Beratung bei der Koordinierungs-, Kontakt-, und Beratungsstelle (KoKoBe)“ ab dem Jahr 2023 **15/1394 E**
5. Weitere Kenntnisnahmen
- 5.1. Abschlussbericht zum Projekt Sozialraumorientierte Erprobung Integrierter Beratung (SEIB) Teilprojekt BTHG 106+ **15/1388 K**
- 5.2. Digitale Agenda – Haltung und Handeln des LVR in der digitalen Transformation **15/1390/1 K**
- 5.3. Positionspapier des „Bündnis Sprachmittlung“ - Initiative zur Verankerung von Sprachmittlung im SGB V **15/1452 K**
6. Anfragen und Anträge
- 6.1. Informationen in Brailleschrift in LVR-Liegenschaften **Antrag 15/87 Die Linke. E**
7. Bericht aus der Verwaltung
8. Beschlusskontrolle
9. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

10. Beschlusskontrolle
11. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	10:10 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	11:20 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:21 Uhr
Ende der Sitzung:	11:21 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Frau **Lubek** bittet darum, den Tagesordnungspunkt 4.2. vorzuziehen.

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2

Niederschrift über die 6. gemeinsame Sitzung vom Ausschuss für Inklusion und vom Beirat für Inklusion und Menschenrechte am 01.12.2022

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Forschungsprojekt zur Entwicklung einer automatisierten Gebärdensprachübersetzung für den LVR-Beratungskompass Vorlage Nr. 15/1469

Frau Dr. **Schneider** stellt kurz das Forschungsprojekt vor. Ziel sei es, eine automatisierte Übersetzung von Texten des LVR-Beratungskompasses in Deutsche Gebärdensprache (DGS) mit Hilfe eines Avatars zu erreichen, der auch zur Mimik befähigt sein soll. Mittelfristig könne die Technologie im Zuge des Web Relaunchs auch auf der Seite www.lvr.de eingebunden werden.

Auf Rückfrage des **Ausschussvorsitzenden** erläutert Frau Dr. **Schneider**, dass ein Einsatz der Technologie im Kontext von individuellen Gesprächssituationen aktuell nicht absehbar sei. Derzeit stehe die automatisierte Übersetzung vorliegender Texte im Vordergrund.

Herr **Gabor** weist darauf hin, dass der Einsatz von Avataren in der DGS-Community nicht unumstritten sei. Daher sei eine intensive Partizipation der Nutzenden selbst erforderlich. Frau Dr. **Schneider** versichert, dass die Projektpartner hierauf viel Wert legen würden.

Herr **Reuschel-Schwitalla** appelliert, dass die Technik nicht dazu führen dürfe, dass persönliche, individuelle Beratung eingespart werde. Frau Dr. **Schneider** erläutert, dass gehörlose Ratsuchende mit Hilfe der automatisierten Übersetzung des LVR-Beratungskompasses gerade verbessert zu dieser individuellen Beratung hingeleitet werden sollen.

Frau **Daun** erhofft sich, dass die DGS durch den Einsatz dieser Technik insgesamt noch bekannter und alltäglicher werde.

Frau **Lubek** stellt eine Verbindung zur neuen digitalen Agenda des LVR her (vgl. TOP 5.2). Leitend sei bei allen neuen digitalen Technologien, die im LVR zum Einsatz kämen, die Idee, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

Der Bericht zum Forschungsprojekt Entwicklung einer automatisierten Gebärdensprachübersetzung für den LVR-Beratungskompass wird gemäß Vorlage Nr. 15/1469 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

Fortführung und Weiterentwicklung der „Peer-Beratung bei der Koordinierungs-, Kontakt-, und Beratungsstelle (KoKoBe)“ ab dem Jahr 2023 Vorlage Nr. 15/1394

Frau **Daun** hebt lobend hervor, dass sich die Peer-Beratung zunehmend als Standard etabliere.

Der **Ausschussvorsitzende** betont, dass man mit der Peer-Beratung in Ergänzung zur Beratung durch die KoKoBe und die "106er Beratung" durch den Leistungsträger ein bundesweit einmaliges und vorbildliches Beratungsangebot im Rheinland vorfinde.

Frau **Seipelt-Holtmann** problematisiert, dass viele Peer-Berater*innen aktuell nur ehrenamtlich tätig seien oder ein Werkstattgehalt beziehen. Aus ihrer Sicht sollte eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung das Ziel sein.

Herr **Lindheimer** berichtet von Erfahrung der Anlaufstelle Rheinland des Landesverbandes der Psychiatrie-Erfahrenen mit unterschiedlichen Beschäftigungsmodellen.

Die **Beiratsvorsitzende** gibt zu bedenken, dass das Berufsbild der Peer-Beratung differenziert zu betrachten sei. Einerseits solle die Arbeit der Beratenden auch finanzielle Anerkennung finden. Andererseits könnten Beratende durch die Tätigkeit in der Peer-Beratung möglicherweise auch dauerhaft im Status einer Beeinträchtigung verbleiben.

Herr **Gabor** schlägt vor, das Thema "Berufsbild Peer-Berater*in" in den KoKoBe und den SPZ bei der anstehenden Solo-Sitzung des Beirates im März zu vertiefen.

Herr **Reuschel-Schwitalla** wirbt dafür, das Angebot der Peer-Beratung in den Kommunen vor Ort noch bekannter zu machen. Frau **von Berg** berichtet in diesem Zusammenhang über weitere Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit, die im Kontext des weiteren Ausrollens der "106er Beratung" vor Ort durch das LVR-Dezernat Soziales geplant seien.

Frau **Schubert** erkundigt sich danach, ob das Thema Angehöre in der Peer-Beratung Berücksichtigung finde. Angehörige würden vielfach Beratung suchen und könnten auch gut als Peer-Beratende fungieren. Frau **Lubek** erklärt, dass sich das Thema Angehörigenarbeit in Entwicklung befinde.

Der **Beirat** votiert **einstimmig** für den Beschlussvorschlag.

Der **Ausschuss** fasst **einstimmig** bei Enthaltung der AfD den folgenden empfehlenden Beschluss:

1. Dem weiteren Ausbau der Peer-Beratung bei den KoKoBe im gesamten Rheinland bis Ende 2025 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1394 zugestimmt.
2. Den Fördergrundsätzen für die Peer-Beratung bei den KoKoBe wird gemäß Vorlage Nr. 15/1394 zugestimmt.

Punkt 5 **Weitere Kenntnisnahmen**

Punkt 5.1 **Abschlussbericht zum Projekt Sozialraumorientierte Erprobung Integrierter Beratung (SEIB) Teilprojekt BTHG 106+ Vorlage Nr. 15/1388**

Die **Beiratsvorsitzende** appelliert, dass die "106er Beratung" vor Ort eine enge Kooperation mit den Kräften vor Ort anstreben solle.

Der **Ausschussvorsitzende** regt an, insbesondere die räumliche Nähe zu den vorhandenen KoKoBe-Beratungsstellen in den Kommunen vor Ort zu suchen.

Frau **von Berg** erklärt, dass das Miteinander im Sozialraum ein Kerngedanke bei der Etablierung der Angebote der "106er Beratung" sei.

Der Abschlussbericht zum Projekt "Sozialraumorientierte Erprobung Integrierter Beratung (SEIB) Teilprojekt BTHG 106+" wird gemäß Vorlage Nr. 15/1388 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.2 **Digitale Agenda – Haltung und Handeln des LVR in der digitalen Transformation Vorlage Nr. 15/1390/1**

Frau **Dr. Pavetic** führt kurz zur digitalen Agenda des LVR aus.

Herr **Gabor** mahnt an, bei der Digitalisierung wirklich alle mitzunehmen. In bestimmten Gruppen der Bevölkerung fehlte aktuell etwa noch der Zugang zur erforderlichen Hardware, um an digitalen Prozessen teilhaben zu können.

Die "Digitale Agenda – Haltung und Handeln des LVR in der digitalen Transformation" wird gemäß Vorlage Nr. 15/1390/1 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.3 **Positionspapier des „Bündnis Sprachmittlung“ - Initiative zur Verankerung von Sprachmittlung im SGB V Vorlage Nr. 15/1452**

Frau **Lubek** erläutert, dass die Sprachmittlung ein wichtiges Instrument sei, um strukturelle Diskriminierung im Gesundheitswesen zu bekämpfen. Aktuelle finanziere der LVR diese Leistungen jedoch aus freiwilligen Mittel. Es sei daher äußerst erfreulich, dass sich nun ein gesellschaftliches Bündnis gegründet habe, um mit gemeinsamer Stimme für die Verankerung dieser wichtigen Leistung bei den Krankenkassen einzutreten. Sie wirbt dafür, dass sich noch mehr Akteure der Initiative anschließen.

Frau **Schubert** und Herr **Lindheimer** sagen zu, bei ihren jeweiligen Verbänden für den Beitritt zu der Initiative zu werben.

Die **Beiratsvorsitzende** verweist in diesem Kontext auf die grundsätzliche Bedeutung einer guten Kommunikation zwischen ärztlichem Personal und Behandelten im Gesundheitswesen. Dies sollte auch im Medizinstudium vermittelt werden und bei

Vergütungen Berücksichtigung finden.

Das Positionspapier des „Bündnis Sprachmittlung“, als Initiative zur Verankerung von Sprachmittlung im SGB V, wird entsprechend der Vorlage Nr. 15/1452 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 **Anfragen und Anträge**

Punkt 6.1 **Informationen in Brailleschrift in LVR-Liegenschaften** **Antrag Nr. 15/87 Die Linke.**

Der Antrag wurde im LVR-Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung zurückgezogen.

Herr **Reuschel-Schwitalla** weist darauf hin, dass auch die Braille-Schrift weiterhin gelehrt werde und zum Einsatz komme. Bei dem Prüfauftrag an die Verwaltung solle daher neben neuen technischen und digitalen Möglichkeiten auch der Einsatz von Braille-Schrift berücksichtigt werden.

Herr **Gabor** macht auf die Bedeutung von Brailleschrift gerade für Menschen mit Taubblindheit aufmerksam.

Herr **von Kruedener** mahnt an, etwa mit Blick auf Türschilder nicht mit zweierlei Maß zu messen. Auch sehenden Nutzenden werde nicht zugemutet, alle Schilder digital auszulesen.

Der **Ausschussvorsitzende** regt an, für die weitere Diskussion den abgeschlossenen Prüfauftrag abzuwarten.

Punkt 7 **Bericht aus der Verwaltung**

Frau **Lubek** greift die von Frau **Seipelt-Holtmann** in der Sitzung geäußerte Kritik an den diskriminierenden Zuständen am Bahnhof Köln-Deutz auf und berichtet über die aktuelle Entwicklung: Es sei gelungen, den Regionalbereichsleiter der DB Station & Service AG für einen Vor-Ort-Termin am 28. Februar 2023 zu gewinnen. Neben der Vorsitzenden der LVR-Gesamtschwerbehindertenvertretung, Frau Salviz, werde auch eine Vertretung der Stadt Köln teilnehmen können.

Frau **Lubek** weist auf den **Tag der Begegnung** hin, der am 17. Juni 2023 stattfindet. Erstmals sei auch eine Themenwelt „Vielfalt und Gerechtigkeit“ geplant. Sie freue sich sehr, dass - wie von Herrn **Gabor** in der Sitzung angekündigt - auch der LBR seine Arbeit beim Tag der Begegnung zeigen wolle.

Frau **Lubek** berichtet über den geplanten **Festakt zum 70-jährigen Bestehen** der Landschaftsverbände am 12. Mai 2023.

Herr **Woltmann** bittet um die persönliche Anmeldung der Mitglieder zur **Berlinreise** bis zum 13. Februar 2023. Das Fachprogramm der Reise sei in Arbeit. Man werde im März darüber berichten.

Herr **Woltmann** teilt mit, dass der diesjährige **LVR-Dialog Inklusion und**

Menschenrechte am 14. November 2023 als halbtägige Präsenzveranstaltung im Rheinlandsaal stattfinden werde. An Folgetagen sollen wieder mindestens zwei Online-Workshops zur Fortsetzung der Diskussion stattfinden. Ein schriftlicher Terminhinweis zum Dialog werde noch versendet.

Punkt 8
Beschlusskontrolle

Es gibt keine Wortmeldungen.

Punkt 9
Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

Duisburg, den 07.03.2023

Der Ausschussvorsitzende

W ö r m a n n

Aachen, den 10.03.2023

Die Beiratsvorsitzende

S c h m i t t - P r o m n y

Köln, den 06.03.2023

Die Direktorin des
Landschaftsverbandes
Rheinland

L u b e k